

67

Mahd des Straßenbegleitgrünes als Maßnahme der Verkehrssicherung 2017 und 2018
Bedarfsprüfung über die erforderlichen Pflegemaßnahmen
RPA-Nr.: 2016/1459

Sehr geehrte Damen und Herren,

67 legt am 15.11.2016 die Bedarfsprüfung für die Mahd des Straßenbegleitgrünes als Maßnahme der Verkehrssicherung zur Prüfung vor. Der Bedarf zur Durchführung der vorgesehenen Pflegemaßnahmen wird dem Grunde nach anerkannt.

Es handelt sich hier um die andauernde Verkehrssicherungspflicht des städtischen Straßenbegleitgrünes. Die Arbeiten stehen wiederkehrend zur Ausführung an.

Nach Auskunft von 67 wurde die Pflege des Straßenbegleitgrünes in der Vergangenheit mit eigenem Personal durchgeführt.

Aufgrund begrenzter Personalressourcen sei die Pflege in den letzten Jahren – vor allem zu Lasten der Außenbezirke - stark extensiviert worden.

In der Zwischenzeit wurden die Pflegearbeiten am zentrumsnahen Straßenbegleitgrün und im Umfeld der Messe („national und international bedeutsame Bereiche“) im Sinne eines repräsentativen Stadtbildes mit eigenem Personal wieder intensiviert. Dies führte dazu, dass nicht mehr ausreichend Personal zur notwendigen Mahd des Straßenbegleitgrünes der Außenbezirke zur Verfügung steht. Aus diesem Grund sollen die dort notwendigen Pflegearbeiten nun extern beauftragt werden.

Die Beschlüsse in den zuständigen Ausschüssen und im Rat sollen möglichst kurzfristig eingeholt werden. Anschließend ist beabsichtigt die notwendigen Dienstleistungen als zweijährigen Rahmenvertrag (2017 und 2018) auszuschreiben.

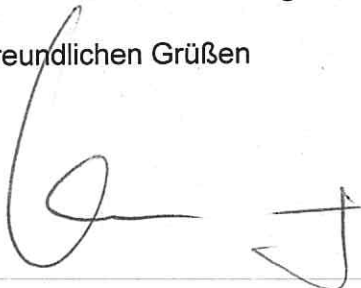
Aufgrund der geschätzten Auftragssumme von 1.020.000,- € ist ein öffentliches EU-Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Zur Vermeidung von späteren Wertungs- und Ausführungsproblemen sollten konkrete Anforderungen und Referenznachweise, etc. in die Ausschreibung aufgenommen werden. Ob evtl. ein vorausgehender Teilnehmerwettbewerb sinnvoll ist, sollte im Vorfeld der Ausschreibung geprüft werden.

In den eingereichten Unterlagen ist leider kein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen der vorgesehenen Fremdvergabe, hier aktuell mindestens 1.020.000,00- € netto, und der Ausführung mit eigenem (zusätzlichem) Personal enthalten.

Ich bitte daher im Zusammenwirken mit 11 zu prüfen, ob die Mahd des Straßenbegleitgrünes bei 67 nicht zukünftig wirtschaftlicher durch entsprechende Personalzusetzung und deren technischer Ausstattung erbracht werden könnten.

Außerdem empfehle ich zur Kostenreduzierung die Möglichkeit einer bauseitigen generellen und standardisierten Vorgabe der verkehrssichernden Maßnahmen zu prüfen. Hierzu ist eine grundsätzliche Abstimmung mit 66 angeraten.

Mit freundlichen Grüßen





671/48
Amt/Abteilung

Eingang **15. Nov. 2016**

09.11.2016
Datum
Nolte/26254
Name / Tel.

14 - RPA. *16.11.16*

Bedarfsprüfung für Lieferungen und Leistungen
(einschließlich freiberuflicher bzw. geistiger oder schöpferischer Leistungen)
hier:

1. Bedarfsanmeldung Art der Lieferung / Leistung:

- Neubeschaffung freiberufliche bzw. geistige oder schöpferische Leistung
- Ersatz-/ bzw. Ergänzungsbeschaffung sonstige Dienstleistung

Voraussichtlicher Auftragswert -1.020.000,- €

Angaben zu Folgekosten:

Entstehen weitere personelle und/oder sächliche Kosten: nein ja (s. Anlage)

Erfolgt die Vergabe aus einem Rahmenvertrag: nein ja

Bei freiberuflicher bzw. geistiger oder schöpferischer Leistung und sonstigen Dienstleistungen

Die Vergabe soll erfolgen, weil

Zwingend erforderlich:

- Zuschussmaßnahme Intern nicht möglich
- Beweissicherung Sonderaufgabe
- Sachverständigentätigkeit Kein geeignetes Personal/Fachwissen vorhanden
- Keine freien Personalkapazitäten

In der Zeit der Vorläufigen Haushaltsführung:

Es besteht eine

- rechtliche Verpflichtung zwingende Notwendigkeit (s. Begründung)

Bedarfsbeschreibung und -begründung:

Mahd des Straßenbegleitgrünes als Maßnahme der Verkehrssicherung für 2017 und 2018

[Handwritten Signature]
(Unterschrift bedarfsanmeldende Stelle)

2. Mittelbewirtschaftung

Die für die Maßnahme erforderlichen Mittel stehen zur Verfügung:

Konsumtiv:		Investiv:
Finanzposition	6700.572.1100.5	Finanzposition _____
Kostenstelle/Auftrag	_____	Finanzstelle _____
Kostenart	_____	Kostenstelle/Auftrag _____
ggf. Deckungsring-Nr.	_____	ggf. Deckungsring-Nr. _____

10. NOV. 2016 *Wüdenhaupt, Maaf*
(Unterschrift mittelverwaltende Stelle)

3. Bedarfsprüfung (amtsintern)

Der Bedarf wird nicht anerkannt. (Ziffer 5. ff. des Vordrucks entfallen.)
Antrag zurück an _____ (bedarfsanmeldende Stelle) m. d. B. um Kenntnisnahme.

Der Bedarf wird anerkannt.
Eigene Feststellungen (insbes. bei Abweichungen) s. Anlage

[Handwritten Signature]

[Handwritten Signature]

4. **Bedarfsprüfung durch andere Ämter (Ziffer 2.1 der Richtlinie)**

- Zuständigkeit 12 (s. Ziffer 2.1.1 der RL)
- Zuständigkeit 11 (s. Ziffer 2.1.2 der RL)
- Zuständigkeit 13 (s. Ziffer 2.1.3 der RL)

Amt/ Abteilung

Datum

Name/ Tel.-Nr.

- Die vorstehende Bedarfsprüfung wird nicht anerkannt (Begründung s. Anlage) **(Ziffer 5. ff. des Vordrucks entfallen.)**
Bei Ablehnung Antrag zurück an _____ (bedarfsanmeldende Stelle) m. d. B. um Kenntnisnahme.
- Die vorstehende Bedarfsprüfung wird anerkannt.
Eigene Feststellungen (insbes. bei Abweichungen) s. Anlage.

Unterschrift

5.1. **Bei geschätzter Auftragssumme zwischen 2.500 € und 20.000 €:**

Die Bedarfsprüfung ist dem Vergabevermerk für 27 beizufügen.

5.2 **Ab einer geschätzten Auftragssumme von >20.000 €:**

Bedarfsprüfung zur Stellungnahme an:14

6. **Stellungnahme 14 zur Bedarfsprüfung**

14/143

Amt/ Abteilung/Gruppe

2016/1453

RPA-Nr.

12.01.17
Datum

Name/ Tel.-Nr.

- Dem vorstehenden Ergebnis der Bedarfsprüfung wird nicht zugestimmt.
(s. Begründung bzw. Anlage)
- Dem vorstehenden Ergebnis der Bedarfsprüfung wird zugestimmt.
- Das vorstehende Ergebnis der Bedarfsprüfung wird zur Kenntnis genommen.**
bei geschätzten Auftragssummen > 100.000 € ist ein Bedarfsfeststellungsbeschluss des zuständigen Fachausschusses, > 1.000.000 € des Rates herbeizuführen. Im Übrigen abweichende Regelungen Zuständigkeitsordnung beachten. (Bei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gelten die Regelungen der Betriebsatzung.)

Begründung / weitere Bemerkungen:

Siehe beiliegender Prüfbericht zu RPA-Nr. 2016/1453

Unterschrift

Antrag zurück an

Bedarfsträgeramt

Unterschrift (ab 10.000 € der Amtsleiterin/ des Amtsleiters)

Alle Beträge verstehen sich als Netto-Beträge
